

ÖRK: Durch die Entwicklung in Osteuropa herausgefordert

Die diesjährige Tagung des ÖRK-Zentralausschusses vom 25. bis 30. März in Genf war die letzte vor der siebten Vollversammlung des Weltrates im Februar 1991 in der australischen Hauptstadt Canberra und damit auch die letzte in der jetzigen Zusammensetzung. In Canberra wird ein neuer Zentralausschuß gewählt, der dann bis zur folgenden Vollversammlung im Amt sein wird. 1989 hatte der 150köpfige Zentralausschuß in Moskau getagt und dabei auch die erweiterten Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen in der Sowjetunion im Zuge der Gorbatschowschen Umgestaltung registriert (vgl. HK, September 1989, 404 ff.). Seither haben sich die politischen Veränderungen in mehreren ehemals kommunistischen Ländern überstürzt, mit erheblichen Auswirkungen für die dortigen orthodoxen und protestantischen Mitgliedskirchen des ÖRK. Beherrschendes Thema bei der Genfer Tagung war aber weniger der osteuropäische Demokratisierungsprozeß im allgemeinen als die Entwicklung in Rumänien.

Zu einem Schuldbekenntnis reichte es nicht

In Moskau wie auch schon bei der Tagung 1988 in Hannover hatte der Zentralausschuß dem Druck der Rumänischen Orthodoxen Kirche nachgegeben und auf die von vielen angemahnten deutlichen Stellungnahmen zur Mißachtung der Menschenrechte unter dem Ceauşescu-Regime verzichtet. Nach dem Sturz des „Conducator“ war jetzt eine kritische Auseinandersetzung mit der Haltung des ÖRK zu Rumänien fällig.

Mit László Tökés kam in Genf die Symbolfigur des Widerstands gegen die Ceauşescu-Diktatur zu Wort. Der ungarisch-reformierte Pfarrer (er ist

designierter neuer Bischof von Oradea und wird damit Nachfolger von Bischof László Papp, der ihn im vergangenen Winter unter staatlichem Druck als unbequemen Unruhestifter versetzte) ging mit der Haltung des ÖRK und der anderen ökumenischen Dachorganisationen gegenüber seinem Heimatland scharf ins Gericht: Der Ökumenische Rat habe gerade auf jene gehört, die aufs engste mit dem Regime verstrickt gewesen seien und das eigene Kirchenvolk verfolgt hätten. Eine klare Verurteilung durch die Kirchen hätte den Sturz des Diktators beschleunigen können; die „Zwangsjacke der Diplomatie“ habe das Leiden des rumänischen Volkes verlängert. Der ÖRK sei ebenso wie andere internationale Organisationen durch religiöse und politische Führer Rumäniens in die Irre geführt worden.

Der Zentralausschuß wies zwar den ersten Entwurf einer Erklärung zu Rumänien als unzureichend und zu wenig selbstkritisch zurück, konnte sich aber mehrheitlich dann doch nicht zu dem – auch von den EKD-Delegierten im Gremium – geforderten *Schuldbekenntnis* durchringen. Ein entsprechender Satz („wir bekennen unsere Versäumnisse gegenüber unsern rumänischen Brüdern und Schwestern, bereuen unsere Unfähigkeit zu klaren Aussagen und bitten um ihre Vergebung für unsere Unterlassungen“) fand keine Mehrheit. In der verabschiedeten Stellungnahme, die den Demokratisierungsprozeß in Rumänien begrüßt und die vom ÖRK geleistete humanitäre Hilfe für das Land erwähnt, heißt es nur, der Zentralausschuß bedauere, daß er es bei der Tagung in Moskau unterlassen habe, angemessen zur Lage in Rumänien Stellung zu beziehen.

Verabschiedet wurde in Genf auch eine Erklärung zu „Fragen, die sich aus Entwicklungen in Mittel- und

Osteuropa ergeben“. Der Text äußert Freude über die *neuen Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen* und Hochachtung vor ihrem Glaubenszeugnis unter den bisherigen schwierigen Bedingungen. Er geht auf die verschiedenen Wege ein, auf denen der ÖRK und die Konferenz Europäischer Kirchen Hilfestellungen zu leisten suchten (Unterstützung des Existenzrechts der christlichen Kirchen, öffentlicher Protest und nichtöffentliche Interventionen zugunsten verfolgter Einzelpersonen und Gemeinschaften), wobei auch selbstkritische Töne laut werden: Die verschiedenen Bemühungen hätten positive Ergebnisse, aber auch Spannungen mit sich gebracht. Es sei nicht immer klar gewesen, wann man hätte schweigen und wann reden sollen; jetzt sei es an der Zeit, sich offen mit diesem Kapitel der Geschichte auseinanderzusetzen.

Die Verlegenheiten wegen Osteuropa waren offenkundig

Es entspricht der bisherigen Linie des Weltrates, wenn die Erklärung auf „beunruhigende Trends“ hinweist, die aus den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa folgen, und dabei an erster Stelle „triumphalistische Ansprüche mancher bezüglich des kapitalistischen Systems als Antwort auf den Zusammenbruch des Nachkriegssozialismus“ nennt. Angeführt werden ebenso ein „entstehender Eurozentrismus“, durch den die Kämpfe der Völker in der Dritten Welt vernachlässigt werden könnten, die Konflikte, die aus den Forderungen ethnischer Minderheiten und von Nationalitäten nach Selbstbestimmung entstehen und das Wiederaufleben rassistischer und religiöser Spannungen. Als Antwort auf diese Herausforderungen werden die Kirchen dazu aufgerufen, nach „neuen Werten“ und „neuen wirtschaftlichen Modellen“ Ausschau zu halten, sich für Gerechtigkeit und die grundlegenden Menschenrechte auszusprechen, in Solidarität mit dem Süden zu handeln und zu bekräftigen, „daß die Kirchen in Mittel- und Osteuropa unter sehr schwierigen Be-

dingungen das Evangelium bezeugt haben und daß es das Privileg der ökumenischen Bewegung war, mit ihnen verbunden zu sein und sie in ihrer Aufgabe zu ermutigen“.

Der Vorsitzende des Zentralausschusses, EKD-Außenamtsleiter *Heinz Joachim Held*, merkte in seinem Bericht zu Beginn der Tagung an: „Was Krise und Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems in Osteuropa für das sozialetische und ordnungspolitische Denken im Ökumenischen Rat der Kirchen bedeutet, ist eine Frage, die jetzt wohl gestellt werden muß, aber so rasch nicht beantwortet werden kann.“ Held fügte hinzu, ihm scheine, daß die Herausforderung des Sozialismus an das Wirtschaftssystem des freien Marktes, vor allem auf internationaler Ebene, damit noch nicht erledigt sei. Er sei sich auch bewußt, daß der gesellschaftliche und politische Umbruch in Osteuropa vor allem in den Ländern der Dritten Welt mit anderen Augen betrachtet und beurteilt werde als in den Ländern des Nordens.

Zum konziliaren Prozeß sollen regionale Treffen abgehalten werden

Tatsächlich ist die Erklärung zu den Veränderungen in Osteuropa eher Ausdruck der Verlegenheit als Anzeichen einer grundlegenden Neubesinnung. Held ging auch auf die *Weltversammlung von Seoul für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung* ein, die den teilweise großen Erwartungen gerade in den deutschsprachigen Ländern nicht gerecht wurde (vgl. HK, April 1990, 159f.). Für viele Teilnehmer und sicher auch für viele Kirchen sei der Weg der Selbstverpflichtung in der Form von Bundesschlüssen ein neuer und ungewohnter Weg, um die gemeinsame christliche Verpflichtung zur Bezeugung des Glaubens und zu einem Handeln in Gerechtigkeit zum Ausdruck zu bringen. In Seoul habe sich erwiesen, daß noch manche Fragen offen seien und der Klärung bedürften. Man müsse sich, um weiterzukommen, die

sen Fragen sowohl in theologischer wie in praktischer Hinsicht gemeinsam stellen.

Bei der Genfer Tagung bekräftigte der Zentralausschuß den Willen, den ökumenischen Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung fortzusetzen und bezeichnete ihn einigermaßen überschwänglich als „das Herz einer ökumenischen Vision für das nächste Jahrtausend“. Die kommende Vollversammlung in Canberra soll sich mit den Themen des „konziliaren Prozesses“ befassen, u. a. mit der Bedeutung von „Bund“, „Konziliarität“ und mit der Verschränkung von Ekklesiologie und Ethik. Canberra soll nach dem Willen des Zentralausschusses den Aufruf der Vollversammlung von Vancouver an die Kirchen erneuern, sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu engagieren. Der Ausschuß sprach sich außerdem dafür aus, regionale Treffen zum „konziliaren Prozeß“ abzuhalten und bei der Weiterführung des Prozesses auf allen Ebenen mit der *katholischen Kirche* zusammenzuarbeiten. Die nach Seoul teilweise erhobene Forderung nach einer zweiten Weltversammlung wurde nicht aufgenommen.

Mit den Beziehungen zwischen dem ÖRK und der katholischen Kirche befaßte sich der Zentralausschuß im Zusammenhang mit dem *Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe* von Weltrat und Vatikan über deren Arbeit seit der letzten Vollversammlung. Der Bericht wurde dem Ausschuß vorgestellt, wird jetzt den ÖRK-Mitgliedskirchen zugeleitet und soll Grundlage für die Arbeit der Vollversammlung von Canberra in diesem Bereich sein. Nach Auffassung des Zentralausschusses soll sich die Gemeinsame Arbeitsgruppe in Zukunft u. a. mit dem Thema „sichtbare Einheit und gemeinsames Zeugnis“, mit Problemen der konfessionsverschiedenen Ehen, dem Verhältnis von bilateralen und multilateralen ökumenischen Gesprächen und mit den Schwierigkeiten beschäftigen, die sich bei der Behandlung ethischer Fragen aus den unterschiedlichen Sichtweisen von ÖRK und katholischer Kirche ergeben. Als Beleg

für solche Schwierigkeiten wurde nochmals die Rolle der katholischen Kirche im „konziliaren Prozeß“ genannt.

Die Neustrukturierung des ÖRK wurde nicht angepackt

Ursprünglich sollte der Zentralausschuß auf seiner diesjährigen Tagung auch Vorschläge zur *Reorganisation der ÖRK-Arbeit* behandeln, die in zwei Papieren vorlagen. Ein entsprechender Ausschuß war aufgrund eines Beschlusses bei der Moskauer Tagung im letzten Sommer eingerichtet worden. Die Vorschläge sehen u. a. eine Neuaufteilung der Aktivitäten des Weltrates in sieben Programmbereiche anstelle der bislang vierzehn Untereinheiten vor. Mit einer knappen Mehrheit beschloß der Zentralausschuß aber, den Vorschlägen nicht näherzutreten, sondern sie an den neuen, in Canberra zu wählenden Zentralausschuß zu überweisen. Grünes Licht gab das Gremium nur für die Schaffung einer *neuen ökumenischen Presseagentur*, die ihre Arbeit im Jahr 1992 aufnehmen könnte. Die neue Agentur soll gemeinsam vom ÖRK und konfessionellen Weltbünden wie dem Luthertischen und dem Reformierten Weltbund getragen werden. Außerdem soll die *Öffentlichkeitsarbeit des ÖRK* durch eine Reorganisation der entsprechenden Stellen in Genf intensiviert werden.

In den kommenden Jahren möchte man sich – auch hier erfolgte der erste Anstoß 1989 bei der Tagung in Moskau – verstärkt, um ein gemeinsames Verständnis des Ökumenischen Rates der Kirchen und seiner Aufgaben bemühen. Dabei sollen auch die Beziehungen des ÖRK zu seinen Mitgliedskirchen, anderen Kirchen und christlichen Gruppen berücksichtigt werden. An programmatischem Schwung für diese Aufgabe war bei der Genfer Zentralausschußtagung nicht viel zu spüren. Aber vielleicht erweist sich die nächste Vollversammlung mit ihrem Thema „Komm, Heiliger Geist, erneuere die ganze Schöpfung“ als Anstoß.

U. R.